

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

E/XXI/133

Bonn, den 10. Juli 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Verwirrung in Pankow

49

Nach dem 4. Juli 1966

2 - 3

DIE SORGEN UNSERER STÄDTE

59

Bargestellt am Beispiel der Stadt Mainz

Von Oberbürgermeister Jockel Fuchs

4 - 5

Der Appell eines Ministers und die Praxis

94

Zur Lage auf dem Wohnungsmarkt

Von Klaus Rusticus, Hannover

6

Spaniens "Feue Kirche" zurückgepfiffen

32

Trotzdem bleiben die "Jungtürken" aktiv

Von unserem HD-Korrespondenten in Madrid

* * *

Verwirrung in Pankow

Nach dem 14. Juli 1966

sp - Mehrere Tage hat man in Pankow gebraucht, um eine "Sprachregelung" für den abgeblasenen Redneraustausch in Chemnitz und Hannover zu finden. Nach der Fernsehansprache von Brandt, Wehner und Erler werden nunmehr alle Register der professionellen Verunglimpfung gezogen, um gegenüber der Bevölkerung der Zone noch nachträglich eine "Rechtfertigung" für den Rückzug geben zu können.

Wir wissen aus zahlreichen Berichten, die gerade in diesen Tagen zu uns gelangen, daß die Schimpfkanonaden der maßgebenden SED-Führer und ihrer Unterführer in den Bezirken kaum einen nennenswerten Eindruck hinterlassen. Das Vokabular ist zu antiquiert, als daß es noch irgend jemandem imponieren könnte. Andererseits zeigt sich in den Berichten aber auch eine gewisse Resignation. Man fürchtet, daß die Machthaber in Pankow zielbewußt die in der Zone aufkeimenden Hoffnungen auf eine Entkrampfung des Verhältnisses der beiden Teile Deutschlands zueinander jetzt ganz zerstören wollen. Um so mehr wird anerkannt, daß der SPD-Vorsitzende und seine Stellvertreter in ihren Fernsehansprachen versichert haben, die SPD werde nicht aufhören, das Ihre zur Verbesserung der Atmosphäre beizutragen, um den Menschen zu helfen.

Die Motive für das geradezu hysterische Verhalten der SED-Führung werden unterschiedlich beurteilt. Es ist nicht unbekannt geblieben, daß nur eine verhältnismäßig kleine Mehrheit des SED-Zentralkomitees zu der jetzt eingenommenen Haltung ihre Zustimmung gegeben hat. Diese Mehrheit, die sich auf einen formalen Beschluß stützt, kämpft um ihre Führungsrolle. Sie weiß, daß besonders in den Kreisen der Wirtschaftsfunktionäre, aber auch bei den Wissenschaftlern, eine starke Strömung vorhanden ist, die die Politik der "DDR" in den allgemeinen Strom der Entspannungsbestrebungen zwischen Ost und West einschalten möchte. Diese Kreise haben Verbindungen zu Prag, Warschau und Bukarest und stützen sich auch auf maßgebende Funktionäre im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Einige Verbindungen dieser Gruppe gehen auch nach Frankreich, wo die Kommunistische Partei jetzt offen die Entspannungspolitik de Gaulles in Europa unterstützt.

Der Versuch der kommunistischen SED-Führung, nach dem Rückzug vom Redneraustausch an der Spitze die Sozialdemokratie durch "Aktionen an der Basis" zu unterwandern, wird selbst in Pankow für sinnlos gehalten. Ein hoher SED-Funktionär nannte sie einen "alten Hut".

Es gibt aber auch Berichte, aus denen hervorgeht, wie sehr man sich in Pankow darüber freut, daß offizielle Stellen in Bonn ihre Genugtuung über den gescheiterten Redneraustausch nicht verhehlen können. In diesem Zusammenhang spricht man von der "klassischen Wechselwirkung" der Politik des Kalten Krieges. Darunter wird das wechselseitige Hochspielen von Argument und Gegenargument derjenigen politischen Kräfte verstanden, die an der Erhaltung des Status quo in Deutschland und Europa unmittelbar interessiert sind. Obwohl noch keine Anzeichen dafür vorhanden sind, daß diese Kräfte in Pankow ihre Haltung aufgeben könnten, glaubt man doch, die internationale Entwicklung werde sie dazu zwingen, in den Hintergrund zu treten. Dann - so sagt man - könnte ein neuer Anlauf zu einem Redneraustausch von besserem Erfolg gekrönt sein.

DIE SORGEN UNSERER STÄDTE

Dargestellt am Beispiel der Stadt Mainz

Von Oberbürgermeister Jockel Fuchs

Die Stadt Mainz wurde im letzten Weltkrieg zu 80 Prozent zerstört; nach Kriegsende mußte sie außerdem auf Anordnung der Alliierten Militärregierung, die den Rhein in dieser Gegend zur Zonengrenze zwischen der französischen und der amerikanischen Zone erklärte, die Hälfte ihres Stadtgebietes an andere Verwaltungen (Stadt Wiesbaden, Landkreis Groß Gerau) abgeben. Der Verlust dieser rechtsrheinischen Stadtteile ist umso schwerwiegender, als das dortige ebene Gelände das bevorzugte industrielle Ansiedlungsgebiet bildet. 60 Prozent der Mainzer Industrie lag auf dem rechten Rheinufer. Mainz stand infolgedessen nach Kriegsende Problemen gegenüber, wie sie andere Städte in gleicher Vielfältigkeit nicht kennen.

Um das rechtsrheinisch verlorene wirtschaftliche Potential auszugleichen und die Stadt den Anschluß an den wirtschaftlichen Aufschwung wieder gewinnen zu lassen, wurde linksrheinisch Industrie angesiedelt in Stadtgebieten, die weitgehend erst erschlossen und zum Teil sogar, entlang dem Rheinufer, neu aufgeschüttet werden mußten. Trotz dieser schwierigen Ausgangslage hat sich Mainz in einer Weise entwickelt, daß man heute mit Respekt von einer "Stadt der Zukunft" spricht. Daß Mainz hierbei eine beachtliche Schuldenlast auf sich nehmen mußte, versteht sich von selbst.

Die stürmische Aufwärtsentwicklung auf dem beschränkten linksrheinischen Gebiet hat dazu geführt, daß für die Ausdehnung seiner Wirtschaft wie für Wohnungsbau usw. Mainz heute an den Grenzen seiner Gemarkung angelangt ist. Auch die finanziellen Reserven sind, trotz einschneidender Maßnahmen (Rationalisierung; Einschränkung der Ausgaben, soweit das Gemeinschaftsleben nicht gestört wird; Abgabenerhöhungen; Einnahmeverbesserungen usw.) ausgeschöpft.

Die notwendige Weiterentwicklung der Stadt kann in Zukunft nur gewährleistet werden, wenn gesetzgeberische Maßnahmen von

Bund und Land der Stadt wie den Gemeinden schlechthin bessere Möglichkeiten zur Verfügung stellt.

Die augenblickliche Situation von Mainz kann wie folgt umschrieben werden:

- * 1. Die eigene Finanzausstattung erlaubt heute nicht viel mehr, als das Vorhandene zu unterhalten bzw. zu erhalten; lebenswichtige kommunale Gemeinschaftsaufgaben wie der Bau von Schulen, Erschließung von Siedlungsgelände, die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Energie usw. können nur zögernd und zeitlich gestreckt in Angriff genommen werden, und das auch nur durch eine Erhöhung der Schuldenlast, welche die Stadt in ihrer Existenz bedroht.
- * 2. Es müssen, um die Stadt bei ihrer räumlichen Beengung nicht der Gefahr wirtschaftlicher Stagnation auszusetzen, vom Gesetzgeber Möglichkeiten geschaffen werden, übergeordnete Formen der Planung, der Siedlung und des wirtschaftlichen Ausbaues zu entwickeln.
- * 3. Im Verkehrswesen, in der Energieversorgung, durch den Ausbau und die Reformierung des Schulwesens - um nur einige Punkte zu nennen -, kommen auf die Stadt Ausgaben zu, die sie beim augenblicklichen Zustand der kommunalen Finanzierung nicht bewältigen kann. Nur eine Steuerreform, wie sie schon lange zugesagt ist, aber immer wieder hinausgeschoben wurde, kann hier Rat und Hilfe schaffen.

Dem Bundesgesetzgeber ist heute eine Verantwortung zugefallen, der er sich nicht entziehen kann, will er nicht die Mitschuld an der Entstehung von Verhältnissen in den Gemeinden tragen, wie sie aus den letzten Jahren der Weimarer Republik bekannt sind. Wenn das Vertrauen in die gemeindliche Selbstverwaltung der Bürger verloren geht, verliert das demokratische Leben der Bundesrepublik seine bedeutendste Stütze.

Der Appell eines Ministers und die Praxis

Zur Lage auf dem Wohnungsmarkt

Von Klaus Rusticus, Hannover

Eines Sozialstaates unwürdig sind die vielen Härtefälle mit älteren Menschen als willkürliche Opfer in "Weißen Kreisen". Der Fortfall der Wohnraumbewirtschaftung und der Mietpreisbindung ließ oft jedwede Sozialethik verblässen, wenn Hauswirte plötzlich langjährige Mieter von heute auf morgen hinauszuwerfen versuchten. Der Mieterschutz setzte bisher vielen Unzuträglichkeiten keine Grenze.

Beispiele aus der Praxis, die sich - von der Ursache her - meist alle ähneln, doch - in der Wirkung - immer wieder neue Variationen bringen, folgen der wirklichkeitsfremden Gesetzgebung wie ein roter Faden:

- * Zunächst jenes Rentner Ehepaar (sie fast 70, er bald 80) aus der
- * Ruhrmetropole Essen, wo allein - dem Vernehmen nach - ca. 800
- * solcher Härtefälle zu verzeichnen sind. Nach zehnjähriger Wohn-
- * zeit erhielten die beiden alten Leute genau auf den Tag die Kür-
- * digung zugestellt, da die Bindung der mit einem Wiederaufbaudar-
- * lehen finanzierte Wohnung verstrichen war. Sie erhielten inzwi-
- * schen ein - vom Preise her - noch verhältnismäßig günstiges Woh-
- * nungsangebot, das sie allerdings mit der Begründung ablehnten,
- * es sei für sie unzumutbar, eine neue Wohnung bei einem privaten
- * Hauswirt zu mieten, der ihnen angesichts ihres Alters nicht die
- * schriftliche Garantie gibt, daß sie solange wohnen bleiben dür-
- * fen, wie sie es wünschen oder das Schicksal es will. Sie wollen
- * unbedingt eine neue Wohnung bei einer Baugenossenschaft oder ei-
- * ner Wohnungsgesellschaft mit dem anerkannten Status der Gemein-
- * nützigkeit, um - durchaus verständlich - sicher zu gehen, daß
- * der Vermieter in Zukunft auf ihr Alter Rücksicht nimmt.

Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende im Rat der Stadt Essen, Heinrich Strathmann, in diesem Zusammenhang: "Ich kann das voll und ganz verstehen, wenn ältere Menschen nach plötzlicher Kündigung durch einen Privatmann es vorziehen, in Zukunft nicht mehr Mieter eines anderen privaten Hauswirts zu werden."

Von der großen in die kleinere Wohnung...

Das Essener Rentnerpaar verlor im Kriege bei Bombenangriffen zweimal alles Hab und Gut. Trotz ihres Alters aber machten sie sich es noch einmal richtig nett. Nicht extravagant, aber doch modern, richteten sie sich wieder ein. Ihre dreiräumige Wohnung spiegelt heute solide Wohnkultur wider (und das bestimmt auch wesentlich ihren Lebensinhalt). Sie fallen weder dem Staat noch der Kommune zur Last.

Die ihnen jetzt angebotene Wohnung hätte sie gezwungen, etwa die Hälfte ihres mühsam wieder angeschafften Mobiliars zu verschleudern, weil sie es einfach nicht mehr untergebracht hätten. Ganz abgesehen davon, daß der etwaigen Inanspruchnahme von Mietbeihilfen nach dem neuen "Wohngoldgesetz" Grenzen gesetzt sind (die im übrigen einer Korrektur bedürfen), ist die Ausmerzungen solcher Härtefälle in Städten wie Essen in der Regel kaum anders möglich, als durch Bereitstellung meist kleinerer Wohnungen für ältere Menschen.

Spekulationsähnliche Wohnungsmanipulation...

Noch ein zweites Beispiel aus Essen, das ein jüngeres Ehepaar betraf:

- * Es erhielt plötzlich eine Kündigung, ebenfalls zum 1. 1. 1967. Der
- * Hauswirt verpachtet von diesem Tage an sein Geschäft im gleichen
- * Hause, und für den Pächter braucht er - so begründet er die Kündigung - jene Wohnung des jungen Ehepaares. Das wiederum will nicht
- * solange warten. Es gelingt ihm, schon zum 1. 9. 1966 bzw. 1. 10. 66
- * eine neue Wohnung zu bekommen. Die von ihrem privaten Hauswirt gekündigte Wohnung würde also noch einige Monate eher frei... und weil
- * er bis dazu ein vernünftiger Mann war, teilen es die jungen Leute
- * ihm sofort mit. Daraufhin aber ist es mit der hauswirtschaftlichen Freundschaft
- * vorbei. Er verlangt nunmehr die Einhaltung der sechsmonatigen Kündigungsfrist. Um die neue Wohnung nicht zu verlieren,
- * bleibt dem jungen Ehepaar nichts anderes übrig, als nunmehr doppelte Miete zu zahlen.

... im ganzen Bundesgebiet

Solche und andere Fälle sind überall im Bundesgebiet zu verzeichnen. Ihre Zahl stieg meistens dort an, wo das statistische Wohnungsdefizit als Grundlage für die Erklärung zum "Weißen Kreis" der Wirklichkeit nicht im entferntesten gerecht wird.

Unter diesem Aspekt sah sich ein Landesminister veranlaßt, einen "Aufruf an Mieter und Vermieter" zu richten. In einem "dringenden Appell" wandte sich der niedersächsische Sozialminister Kurt Partzsch (SPD) an Mieter und Vermieter. Die Hauseigentümer bat er, "sich ihrer sozialen Verpflichtung bewußt zu sein und durch ihr Handeln unbillige Härten zu vermeiden". Organisationen der Hausbesitzer und der Mieter sollen nach dem Wunsche des Ministers "durch Aufklärung und Beratung zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten beitragen".

Der Appell ist - grundsätzlich - keine Kritik am freien Wohnungsmarkt, aber dieser Aufruf kritisiert unmißverständlich und sachlich motiviert die sozialpolitisch verheerende Theorie als Basis für die Erklärung zum "Weißen Kreis".

"Ein nach Bundesbestimmungen errechnetes statistisches Wohnungsdefizit gibt in keiner Weise die wirkliche Wohnungsnot und den tatsächlichen Wohnraumbedarf in Niedersachsen wieder," so erklärte Minister Partzsch. "Nach Berechnungen unabhängiger Institute und Einrichtungen fehlen in Niedersachsen nicht 10 000 bis 20 000, sondern noch nahezu 300 000 Wohnungen.

Nur einige Lehren sollte man daran knüpfen:

- * Dieser Appell aus Niedersachsen sollte bei anderen Landesregierungen ein Echo finden.
- * Dieser Appell ist gleichzeitig der Beweis für die laut Bundesgesetzgebung höchst unstrittene Kompetenzerübertragung.
- * Unbillige Härten des zu früh forcierten freien Wohnungsmarktes zu dämpfen oder auszumerzen, bleibt Ländern und Kommunen überlassen.
- * Die Länderregierungen haben allen Grund, sich in Zukunft ganz entschieden gegen eine "Zuständigkeitsübertragung" zur Wehr zu setzen, deren theoretische Finissen von der Bonner Ministerialbürokratie wider jede soziale Praxis ausgeklügelt wird.

Denn durch solcherlei Manipulationen werden die Länder und Kommunen zu Prügelknaben gestempelt.

Spaniens "Neue Kirche" zurückgepfiffen

Trotzdem bleiben die "Jungtürken" aktiv

Von unserem HD-Korrespondenten in Madrid

Jene jungen Priester von Spaniens 67.500 Klerikern, die unter dem Sammelbegriff "Neue Kirche" berüht sind, die Kirche aus ihrer engen Verzahnung mit der Regierungspolitik herauszulösen, erhielten jetzt einen deutlichen Dämpfer durch die aus 18 Mitgliedern bestehende "Ständige Kommission des spanischen Episkopats". Die Kommission hat zwar in einer Verlautbarung betont, es sei notwendig, die politischen und sozialen Einrichtungen zu verbessern, doch hat sie sich voll hinter die Politik der "gekremtesten Liberalisierung" gestellt, die von Regierungsseite in jüngster Zeit verfolgt wird.

Auf dem ideologischen Trümmerhaufen, den die Liberalisierung der letzten Jahre mit sich gebracht hat, tumeln sich trotz regierungsamtlicher Bremsversuche jene neuen Kräfte, die in der "Zeit nach Franco" die Geschicke des Landes bestimmen wollen. Die Falange ist heute keine einheitliche und geschlossene Kraft mehr: die Kirche selbst ist in zwei Lager, die regierungsfreundlichen Oberhirten und die "Neue Kirche" der sogenannten "Jungtürken" gespalten. In dieses Vakuum stoßen der dynamische katholische Manager-Orden "Opus Dei" und die sogenannten "Rechtskatholiken", die sich um den ehemaligen Außenminister Alberto Martin-Artajo und die Madrider Tageszeitung "Ya" sammeln.

Dieses Blatt veranstaltet augenblicklich wieder eine Umfrage über die politische Zukunft Spaniens, vor allem unter den "Procuradores" (Abgeordneter) des Stände-Parlaments (Cortes). Der bisherige Tenor ihrer Ausführungen läßt erkennen, daß die unumschränkten Vollmachten Francos "auf keinen Nachfolger übertragbar" seien, daß die Staatsgewerkschaften ("Syndikate") in ihrer gegenwärtigen Form dann nicht mehr bestehen könnten, sondern "neue Lösungen" gefunden werden müßten, die sich "auf den Willen des spanischen Volkes gründen".

Der Madrider Großbankier und ehemalige Botschafter in Bonn, Marquis von Urquijo, hat jüngst die Einführung einer parlamentarischen Demokratie in Aussicht gestellt, allerdings unter der Voraussetzung, daß Spaniens jährliches Pro-Kopf-Einkommen, augenblicklich bei 530 US-Dollar, dann 1.000 Dollar betragen müsse.